



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Rechtsausschuss

2010/2311(INI)

14.3.2011

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Rechtsausschusses

für den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

zur Politik der EU zur Terrorismusbekämpfung: wichtigste Errungenschaften
und künftige Herausforderungen
(2010/2311(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Luis de Grandes Pascual

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Rechtsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die Mitteilung der Kommission und weist darauf hin, dass sie mit der künftigen Strategie der inneren Sicherheit der EU verknüpft sein muss;
2. hält die Vertiefung und Weiterentwicklung der vier wesentlichen Aspekte der Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus – Prävention, Schutz, Verfolgung und Reaktion – für richtig;
3. hält es für einen Fehler, von „islamischem Terrorismus“ zu sprechen, wo es sich doch eigentlich um einen „radikalen Dschihad-Terrorismus“ handelt; vertritt die Auffassung, dass es ungerecht und unangemessen ist, eine legitime Religionsgemeinschaft pauschal zu diskreditieren;

Prävention

4. äußert sich besorgt angesichts der Verzögerungen bei der Anwendung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI und fordert die Kommission auf, die Anwendung des Rahmenbeschlusses 2008/919/JI, dessen Umsetzungsfrist am 9. Dezember 2010 abgelaufen ist, zu bewerten; hält es für wesentlich, dass die auf Ebene der Union angenommenen Rechtsvorschriften zur Terrorismusbekämpfung von den Mitgliedstaaten wirksam umgesetzt und angewendet werden;

Schutz

5. ist der Auffassung, dass Terrorismus ein Phänomen ist, das sich ständig verändert, und dass die Politik der Terrorismusbekämpfung dieser Tatsache Rechnung tragen muss; begrüßt in diesem Zusammenhang die jüngsten Maßnahmen auf dem Gebiet der Luftverkehrssicherheit, und zwar sowohl im Hinblick auf die Frachtkontrolle als auch auf Passagierkontrollsysteme;

Verfolgung

6. weist auf seine Bedeutung bei der Prävention und Bekämpfung des Terrorismus und der mit diesem zusammenhängenden Tätigkeiten, wie der Terrorismusfinanzierung, hin; fordert die Kommission auf, baldmöglichst Verwaltungsmaßnahmen im Hinblick auf das Einfrieren von Vermögenswerten zu ergreifen, und zwar zur Prävention und Bekämpfung des Terrorismus und der mit diesem zusammenhängenden Tätigkeiten;

Reaktion

7. begrüßt es, dass die Opfer des Terrorismus in den künftigen Legislativvorschlag der Kommission, mit dem ein globales Instrument für den Schutz der Opfer geschaffen werden soll, einbezogen werden; macht sich in diesem Zusammenhang die Forderung der Internationalen Kongresse der Opfer des Terrorismus zu eigen und fordert die Mitgliedstaaten auf, für Gesetze zu sorgen, die den Opfern eine würdevolle und

ausreichende Regelung im Hinblick auf Hilfe, Schutz und Unterstützung sowie auf die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Eigenschaft als Opfer des Terrorismus gewährleisten.